

PARTEI FÜR GERECHTIGKEIT UND MENSCHLICHKEIT · PGM

KOMMUNALES WAHLPROGRAMM

Oldenburg – Stadtratswahl 13. September 2026

Oldenburg ist eine Stadt mit großen Stärken: eine lebendige Universität, ein wachsender Wirtschaftsstandort, engagierte Bürgerinnen und Bürger. Aber es gibt Verbesserungspotenzial. Millionenentscheidungen werden ohne Bürgerentscheid getroffen. Am Fliegerhorst wird vertuscht statt aufgeklärt. Schulen und Radwege warten auf Sanierung, während für ein Fußballstadion immer Geld gefunden wird. Buspreise steigen, Wohnungen werden teurer, psychische Gesundheit ist kein kommunales Thema.

Die PGM tritt an, weil wir glauben: Oldenburg kann besser.

1. DEMOKRATIE & BÜRGERBETEILIGUNG

Oldenburg trifft Entscheidungen über Hunderte Millionen Euro – ohne die Bürgerinnen und Bürger zu fragen. Das Bürgerbegehren zum Stadion wurde am 11. Mai 2026 mit formalen Gründen abgelehnt, obwohl über 1.000 Einwendungen gegen den Bebauungsplan eingereicht wurden – ein absoluter Rekord. Beim Fliegerhorst-Skandal wurde eine Mitarbeiterin, die Missstände meldete, gekündigt. Das ist das Gegenteil von Demokratie.

Was wir fordern

- **Bürgerentscheid bei Großinvestitionen**

Jede Investition der Stadt über 20 Mio. Euro wird durch eine verpflichtende öffentliche Aussprache begleitet. Ab 50 Mio. Euro fordern wir eine bindende Bürgerabstimmung – bevor der Rat abstimmt. Ein Beschluss ohne Bürgervotum für ein Stadionprojekt dieser Größenordnung darf sich nicht wiederholen.

- **Gläserner Ratssaal**

Alle Ratssitzungen werden live gestreamt und für zwei Wahlperioden archiviert. Das Ratsinformationssystem wird grundlegend überarbeitet und nutzerfreundlich gestaltet. Bürgeranfragen per App oder Formular werden in jede Ratssitzung als eigener Tagesordnungspunkt integriert. Protokolle aller Ausschüsse sind innerhalb von 48 Stunden online.

- **Unabhängige Ombudsstelle für Hinweisgeber*innen**

Eine städtische, weisungsunabhängige Ombudsstelle nimmt Hinweise auf Missstände in der Stadtverwaltung und kommunalen Unternehmen auch von Bürger*innen entgegen – anonym, kostenlos, geschützt. Wer Missstände meldet, darf dafür nicht bestraft werden.

- **Mehr Transparenz von städtischen Unternehmen**

Alle Jahresabschlüsse, Vorstandsgehälter und wesentlichen Entscheidungen der städtischen Beteiligungen (EWE, VWG, GSG, Klinikum, Fliegerhorst-Gesellschaft) werden bürgerfreundlich und verständlich veröffentlicht – nicht nur als Pflichtbekanntmachung im Amtsblatt.

- **Vollständige Aufklärung Fliegerhorst**

Wir fordern eine unabhängige Kommission zur lückenlosen Aufarbeitung des Fliegerhorst-Skandals: Korruptionsverdacht, PAK- und Asbest-Funde im Boden, Umgang mit der Hinweisgeberin. Ergebnisse werden dem Rat und der Öffentlichkeit vollständig präsentiert.

2. HAUSHALT & FINANZEN

Der Haushalt 2026 wurde am 9. Februar 2026 mit 69 Mio. Euro Defizit beschlossen – von SPD, CDU und FDP gegen alle anderen Fraktionen. Das kumulierte Defizit bis 2029 beträgt 451 Mio. Euro. Bereits 2027 könnten die Rücklagen (195 Mio. Euro) aufgebraucht sein. In dieser Situation ist es unsere Pflicht, Prioritäten zu setzen: Das Geld muss dort ankommen, wo Menschen es täglich spüren.

Was wir fordern

- **Schulen und Daseinsvorsorge vor Prestige**

Allein acht städtische Sporthallen gelten als sanierungsbedürftig; schon ein einziger geplanter Hallenneubau (Kennedystraße) wird auf rund 31 Mio. Euro geschätzt. Schulgebäude, Kitas und Pflegeinfrastruktur müssen im Haushalt Vorrang vor neuen Großprojekten erhalten. Wir fordern einen verbindlichen Sanierungsplan mit öffentlich einsehbaren, regelmäßig aktualisierten Zeitplänen für alle städtischen Bildungseinrichtungen.

- **Stadionbeschluss kontrollieren – keine weiteren Blankoschecks**

Der Rat hat den Stadionbau am 1. Juni 2026 beschlossen: 57,3 Mio. Euro Pauschalfestpreis an den Totalunternehmer, dazu 2,36 Mio. Euro Baunebenkosten, eine hundertprozentige städtische Ausfallbürgschaft über knapp 45 Mio. Euro und ein Eigenkapitalzuschuss von bis zu 15 Mio. Euro. Über die laufenden Betriebskosten und mögliche jährliche Zuschüsse gibt es bislang widersprüchliche Angaben – genau deshalb fordern wir hier volle Transparenz. Jetzt gilt: kein Baubeginn vor Abschluss des laufenden EU-Beihilfeverfahrens, ein jährlicher öffentlicher Kostenbericht an den Rat über alle Bau- und Betriebskosten bis 2045, wasserdichte Verträge ohne Nachschusspflichten – und falls das EU-Verfahren scheitert, werden die vereinbarten Ausstiegsszenarien genutzt.

- **Haushaltsdisziplin mit Sozialkompass**

Sparmaßnahmen dürfen nicht zulasten sozialer und kultureller Angebote gehen. Wir fordern eine Sozialverträglichkeitsprüfung bei jedem Kürzungsvorschlag: Welche Menschen trifft diese Maßnahme? Wie stark? Gibt es Alternativen? Die jüngsten Kürzungen zeigen die Schieflage: Die IBIS-Antidiskriminierungsstelle musste ihre Beratung einstellen, der Ernährungsrat wurde von rund 107.000 auf 50.000 Euro gekürzt – im selben Haushalt, der das Stadion ermöglicht. Beide Kürzungen nehmen wir zurück.

- **Transparente Schuldensituation**

Die Verschuldung durch städtische Eigenbetriebe (Gebäudewirtschaft, Bäder, Abfall) wird im Haushalt klar ausgewiesen und nicht in Nebenhaushalte ausgelagert. Bürger*innen haben ein Recht auf ein vollständiges Bild der Stadtfinanzen.

- **Faire Verteilung der Finanzlasten**

Wir lehnen Gebührenerhöhungen und Steuererhöhungen ab, die Menschen mit kleinen Einkommen überproportional treffen, solange nicht alle Einsparpotenziale in der Verwaltung ausgeschöpft sind. Dafür braucht es eine regelmäßige Aufgaben- und Standardkritik samt Doppelstrukturen-Check – mit Sozialverträglichkeitsprüfung, bevor irgendwo gekürzt wird.

3. MOBILITÄT & VERKEHR

Oldenburg gilt als Fahrradstadt – aber Radwege werden gesperrt statt ausgebaut, Buspreise steigen, und der ÖPNV ist für viele zu teuer. Das Pilotprojekt „Samstags einfach Bus fahren“ zeigt: Wenn man es richtig macht, nehmen die Menschen es an. Wir wollen mehr davon.

Was wir fordern

- **Kostenloser und besserer Busverkehr – ehrlich finanziert**

Unser Ziel ist ein ticketfreier Stadtbusverkehr für alle – erreicht in ehrlichen Stufen statt mit ungedeckten Versprechen. **Stufe 1 (sofort):** Wir weiten das erfolgreiche Modell „Samstags einfach Bus fahren“ auf das ganze Wochenende aus und bauen Sozialtarife über den Oldenburg-Pass (Sozialticket) aus. **Stufe 2:** Mehreinnahmen aus konsequenter Parkraumbewirtschaftung – einschließlich angemessener Bewohnerparkgebühren – fließen per Ratsbeschluss zweckgerichtet in Takt, Netz und Preissenkungen; dazu kommt ein ticketfreier Kurzstreckentarif in der Innenstadt. **Stufe 3:** Für den vollständigen Nulltarif fordern wir vom Land Niedersachsen eine Rechtsgrundlage nach dem Vorbild des baden-württembergischen Mobilitätspasses: ein solidarischer Beitrag, der eins zu eins als ÖPNV-Guthaben an die Beitragszahlenden zurückfließt, mit Befreiungen für geringe Einkommen. Oldenburg meldet sich als Modellkommune. Zusätzlich fordern wir von Bund und Land höhere Regionalisierungsmittel; eine Arbeitgeberabgabe nach französischem Vorbild unterstützen wir, sobald Bund oder Land sie ermöglichen. Beim Ausbau setzen wir auf ein dichteres, schnelleres Busnetz statt auf teure Straßenbahn-Neubauten.

- **Radwegqualität systematisch verbessern**

Oldenburg hat viele Radwege – aber zu wenige sind sicher. Wir fordern eine systematische Überprüfung aller Radwege, mit Unfallschwerpunkten als Priorität. Ampelregelungen werden fahrradfreundlicher gestaltet. Wir fordern eine schnellstmögliche Reparatur des Osterkampsweg (zwischen Schramperweg und Edewechter Landstraße) und des Kavalleriewegs und eine sofortige Freigabe der Straßen für den Radverkehr. Viel genutzte Kreuzungen müssen fahrradgerecht umgestaltet werden, unter anderem durch geeignete Aufstellflächen.

Oldenburgs Infrastruktur für den Radverkehr muss den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen entsprechen, nicht zuletzt auch an Kreuzungen. Hier gibt es viel Verbesserungsbedarf. Radwege unterhalb dieses Standards dürfen nicht benutzungspflichtig sein. Denn niemand darf auf unsichere Wege gezwungen werden. Gehwege mit dem Zusatzschild „Radfahrer frei“ sind keine Radwege: Wir bauen diese Schein-Lösungen systematisch ab und trennen Rad- und Fußverkehr baulich. Bei den maroden Hunte-Brücken machen wir Druck auf Land und Bund, damit zentrale Verkehrsadern für Rad- und Autoverkehr nicht weiter verfallen.

- **Alle sieben Premiumrouten bis 2030 verbindlich sichern**

Die Premiumroute FAST FLIN (Innenstadt–Fliegerhorst) soll 2026 fertig werden. Wir fordern, dass alle sieben geplanten Premiumrouten mit verbindlichen Haushaltsmitteln bis 2030 gesichert werden – inklusive eines konkreten Zeitplans, der öffentlich einsehbar ist.

- **Barrierefreie Bushaltestellen bis 2030**

Alle Bushaltestellen im Stadtgebiet müssen bis 2030 vollständig barrierefrei ausgebaut werden. Kein Mensch mit Behinderung, kein Fahrgast mit Kinderwagen oder Rollator darf am Straßenrand stehen bleiben.

- **Stadtplanung für Menschen statt für Autos**

Neubaugebiete und Innenstadtbereiche werden konsequent als „Stadt der kurzen Wege“ geplant: Grundversorgung, Schulen und Grünflächen müssen fußläufig erreichbar sein. Zudem wollen wir langfristig eine gut erreichbare, autofreie Innenstadt –

Linienbusse, Liefer-, Pflege- und Rettungsverkehr bleiben ausgenommen. Wir fordern neue Quartiersgaragen statt Autoverkehr in Wohngebieten. Statt Fahrradstraßen abzuschaffen, fordern wir die Einführung von Fahrradzonen.

Fußgänger*innen benötigen gut ausgebaute Wege und eine sichere und barrierefreie Führung an Kreuzungen. Die Duldung des verbotenen Gehwegparkens muss entsprechend der aktuellen Rechtsprechung unverzüglich beendet werden. Gehwegparken darf nur dort erlaubt werden, wo eine ausreichende Restbreite für Fußgänger*innen sichergestellt werden kann. Auch bestehende Beschilderungen, die Gehwegparken erlauben, werden überprüft und zurückgenommen, wo diese Restbreite fehlt.

4. BILDUNG, KITA & JUGEND

Bildung ist die wichtigste Investition, die vor Ort getätigt werden kann. In Niedersachsen beklagen laut einer VBE-Umfrage von 2025 zwei Drittel der Schulleitungen marode Infrastruktur. In Oldenburg stehen acht Sporthallen als sanierungsbedürftig fest. Gleichzeitig hat die Universität Oldenburg mit über 15.000 Studierenden enormes Potenzial, das die Stadt noch nicht vollständig nutzt.

Was wir fordern

- **Verbindlicher Sanierungsplan für alle Schulen und Sporthallen**

Wir fordern einen öffentlich einsehbaren Sanierungsplan für alle städtischen Schulgebäude und Sporthallen mit verbindlichen Fertigstellungsterminen. Kinder brauchen gesunde und moderne Räume, um zu lernen. Gesundheitlich bedenkliche Zustände müssen unverzüglich beseitigt werden. Der gesamte Sanierungsstau wird vollständig beziffert und im Haushalt mit Vorrang etatisiert – fehlende Mittel dürfen nicht länger hinter Großprojekten zurückstehen.

- **Serielle Sanierung: schneller, günstiger, ohne Unterrichtsausfall**

Die IGS Kreyenbrück zeigt den Weg: Mit vorgefertigten Bauelementen wurde in den Sommerferien saniert – ohne Unterrichtsausfall und mit rund 491.000 eingesparten Kilowattstunden pro Jahr. Wir machen serielle und modulare Sanierung zum Standard für Oldenburger Schulbauten.

- **Kostenloses und regionales Mittagessen in Schulen und Kitas**

Wir fordern ein kostenloses, gesundes und nach Möglichkeit regionales Mittagessen für alle Kinder in Oldenburger Schulen und Kitas. Bildungsgerechtigkeit beginnt bei der Ernährung. Die Finanzierung erfolgt aus dem Landeshaushalt – wir werden den politischen Druck dafür auf Landesebene ausüben.

- **Ganzttag 2026 wirklich sicherstellen**

Ab dem Schuljahr 2026/2027 gilt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Oldenburg muss die dafür notwendigen Plätze und das Personal jetzt bereitstellen. Wir lehnen es ab, diesen Rechtsanspruch durch Wartelisten zu unterlaufen. Bislang ist erst ein Teil der Grundschulen im Ganzttag – das Tempo muss deutlich steigen.

- **Kita-Anmeldung (KitaAV) einfach, mehrsprachig und auch analog**

Das digitale Anmeldeverfahren benachteiligt Familien ohne Internetzugang oder mit geringen Deutschkenntnissen. Wir fordern ein vereinfachtes, mehrsprachiges Verfahren und einen verlässlichen analogen Zugang – persönlich und auf Papier. Kein Kind darf einen Kita-Platz verlieren, weil das Formular eine Hürde ist.

- **Faire Bezahlung und bessere Bedingungen für Erzieher*innen**

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in städtischen Kitas ein – mit geringeren Gruppengrößen und besseren Vertretungsregelungen.

- **Universität als Stadtressource stärken**

Die Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg ist ein Standortvorteil, der noch nicht ausreichend genutzt wird. Wir wollen stärkere Brücken zwischen Universität und Stadt: gemeinsame Projekte, vereinfachte Gründungsberatung, Kooperationen in Sozial- und Klimapolitik.

- **Jugendräume und Freizeitmöglichkeiten sichern**

Jugendliche brauchen Räume – physische und digitale. Wir fordern den Erhalt und Ausbau offener Jugendhäuser, eine faire Förderung von Sportvereinen und eine digitale Beteiligungsplattform speziell für Jugendliche unter 18 Jahren.

5. WOHNEN & STADTENTWICKLUNG

Die Kaltmiete in Oldenburg liegt 2026 laut Immobilienportalen bei durchschnittlich rund 13 Euro pro Quadratmeter – und steigt weiter. Eine 70-Quadratmeter-Wohnung kostet damit rund 900 Euro kalt. Für viele Oldenburger Familien und Alleinstehende ist das kaum noch tragbar. Gleichzeitig entwickelt die Stadt das Fliegerhorst-Gelände – ein riesiges Potenzial für bezahlbaren Wohnraum, das bislang vor allem durch Skandale aufgefallen ist.

Was wir fordern

- **30 % Sozialwohnungsquote bei Neubauprojekten**

Wir fordern, dass die Stadt Oldenburg bei allen neuen größeren Bauprojekten auf städtischem Grund eine Quote von mindestens 30 % sozialem Wohnungsbau mit dauerhafter Mietpreisbindung durchsetzt. Wohnen ist keine Ware – es ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.

- **Genossenschaftlichen Wohnungsbau aktiv fördern**

Wir fordern mehr Unterstützung für die Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften durch günstige Grundstücksvergabe, unbürokratische Beratung und schnelle Genehmigungsverfahren. Genossenschaften sind der fairste Weg zu dauerhaft bezahlbarem Wohnraum.

- **Leerstand aktivieren: Instandsetzungsgebot nutzen**

Wohnraum, der verfällt oder ungenutzt bleibt, fehlt den Menschen. Wir prüfen und nutzen das städtebauliche Instandsetzungs- und Modernisierungsgebot (§ 177 BauGB), um vernachlässigte Wohngebäude wieder bewohnbar zu machen. Für ein echtes Zweckentfremdungsverbot fehlt in Niedersachsen bislang die landesrechtliche Grundlage; wir fordern das Land auf, sie zu schaffen.

- **Innenentwicklung vor Außenversiegelung**

Wir priorisieren die Nutzung bestehender Bauflächen, bevor neue Flächen am Rand versiegelt werden: Die „Grüne Lunge Weißenmoor“ bleibt geschützt, den Bau der „Planstraße I“ – der geplanten Fliegerhorst-Entlastungsstraße zwischen Fliegerhorst-Quartier und Ammerländer Heerstraße im B-Plan-Gebiet N-777 G – lehnen wir ab. Statt neuer Asphaltflächen nutzen wir das vorhandene Netz. Denkmalgeschützte Bestandsgebäude wie das Offizierskasino werden für altersgerechtes und inklusives Wohnen umgenutzt.

- **Fliegerhorst-Entwicklung transparent und sozial gestalten**

Das Fliegerhorst-Gelände bietet die größte stadtentwicklungspolitische Chance Oldenburgs. Wir fordern: vollständige Aufklärung der bisherigen Missstände, einen öffentlichen Beteiligungsprozess für die künftige Nutzung und einen verbindlichen Anteil

von mindestens 30 % an bezahlbarem Wohnraum im Gesamtkonzept. Dazu gehört eine erneute Untersuchung des Bodens sowie ein verbindlicher Sanierungsfahrplan mit klaren Fristen für die belasteten Flächen (PAK- und Asbest-Funde).

- **Schutz vor Verdrängung**

Wir fordern strengere städtische Regelungen gegen spekulative Aufkäufe von Mietshäusern. Die GSG Oldenburg als städtische Wohnungsgesellschaft wird verpflichtet, Neuvermietungen vorrangig an einkommensschwache Haushalte durchzuführen.

- **Stadtteile als Lebensräume entwickeln**

Wir wollen lebendige Quartiere mit nahgelegener Grundversorgung, Begegnungsorten und sicheren öffentlichen Räumen. Für jeden Stadtteil soll es einen öffentlich zugänglichen Quartierstreff geben – als physischen Ort der Begegnung. Sichere und saubere öffentliche Räume gehören dazu – präventiv gedacht: gute Beleuchtung, einsehbare Wege, belebte Plätze und die schnelle Beseitigung gemeldeter Mängel.

- **Barrierefreie Stadt**

Alle öffentlichen Gebäude, Bushaltestellen und zentralen Fußwege werden nach einem verbindlichen Plan bis 2030 vollständig barrierefrei gestaltet. Barrierefreiheit ist kein Luxus – sie ist ein Menschenrecht.

6. SOZIALES, GESUNDHEIT & GEMEINSCHAFT

Einsamkeit ist eine der größten Gesundheitsgefahren unserer Zeit. Psychische Erkrankungen nehmen zu, Therapieplätze fehlen, soziale Infrastruktur wird als „freiwillige Leistung“ gestrichen, sobald der Haushalt klemmt. Das ist falsch: Soziale Infrastruktur ist Daseinsvorsorge – genauso wie Straßen und Schulen.

Was wir fordern

- **Psychische Gesundheit als kommunale Pflichtaufgabe**

Oldenburg soll einen kommunalen Beauftragten für psychische Gesundheit einsetzen, der die Angebote koordiniert, Lücken identifiziert und den Ausbau vorantreibt. Wir fordern die Verdopplung der städtisch geförderten Beratungsangebote für Menschen in psychischen Krisen.

- **Beratungsangebote sichern und ausbauen**

Beratung ist das Frühwarnsystem des Sozialstaats – sie wird gestärkt, nicht gestrichen. Konkret heißt das: Die Finanzierung der IBIS-Antidiskriminierungsberatung und des Ernährungsrats wird wiederhergestellt; Schuldner-, Familien- und Suchtberatung werden verlässlich und mehrjährig gefördert, ergänzt um geschlechtsspezifische Suchtangebote. Anonymes Drug-Checking unterstützen wir, sobald der rechtliche Rahmen dafür geschaffen wurde.

- **Gute Arbeit in Pflege und Versorgung**

Wenn Stellen im Versorgungs- und Servicebereich gestrichen werden, müssen Pflegekräfte Hol-, Bring- und Hauswirtschaftsdienste zusätzlich schultern – auf Kosten der Zeit am Menschen. Das lehnen wir ab. Als Trägerin des Klinikums kann die Stadt über ihre Gremien direkt auf eine auskömmliche Ausstattung mit Versorgungspersonal hinwirken – diesen Einfluss werden wir nutzen. Wo Land und Kassen zuständig sind (Investitionen, Betriebsfinanzierung), machen wir politischen Druck, statt es bei Zuständigkeitsverweisen zu belassen.

- **Orte der Begegnung in jedem Stadtteil**

Wir fördern niedrigschwellige Begegnungsräume – Nachbarschaftscafés, Mehrgenerationenhäuser, Quartierstreffs – in allen Stadtteilen. Diese Orte sind Gegenmittel gegen Einsamkeit und stärken den sozialen Zusammenhalt.

- **Housing First für obdachlose Menschen**

Wir befürworten den Housing-First-Ansatz: Dauerhafte Unterkunft ist die Grundvoraussetzung für alle weiteren Hilfsangebote. Keine Person in Oldenburg soll auf der Straße schlafen müssen. Wir fordern eine eigenständige städtische Strategie zur Überwindung von Wohnungslosigkeit bis 2030.

- **Ehrenamt entbürokratisieren**

Oldenburger Vereine und Initiativen leisten unverzichtbare Arbeit. Wir fordern: Vereinfachte Genehmigungsverfahren für Veranstaltungen, niedrigschwellige Förderanträge, eine städtische Koordinationsstelle für Ehrenamt und eine Plattform, die Freiwillige mit Projekten zusammenbringt.

- **Gleichstellung aktiv leben**

Wir fordern einen kommunalen Aktionsplan gegen die Gender Pay Gap im öffentlichen Dienst Oldenburgs, ausreichend finanzierte Frauenhäuser und Beratungsstellen sowie kostenlose Hygieneprodukte in allen städtischen Schulen, öffentlichen Gebäuden und der Universität.

- **Queeres Leben sichtbar schützen**

Oldenburg ist eine vielfältige Stadt. Wir unterstützen queeres Leben sichtbar: durch Schutz vor Queerfeindlichkeit im öffentlichen Raum, verlässliche Förderung queerer Beratungs- und Jugendangebote sowie des Christopher Street Days und eine diskriminierungssensible Verwaltung, in der sich alle Menschen unabhängig von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung wiederfinden.

- **Inklusion in der Stadtplanung**

Menschen mit Behinderungen werden von Beginn an in städtische Planungsprozesse einbezogen – nicht als Betroffene, sondern als Expertinnen und Experten in eigener Sache. Wir fordern einen Inklusionsbeirat mit echten Mitgestaltungsrechten.

7. KLIMA, UMWELT & NACHHALTIGKEIT

Oldenburg hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Der Klimaschutzplan umfasst 90 Maßnahmen in sieben Themenfeldern. Der Wärmeplan liegt seit November 2025 vor. Das sind gute Ansätze – aber sie brauchen konsequente politische Umsetzung und ausreichende Finanzierung. Wir stehen zu diesen Zielen und wollen sie beschleunigen.

Was wir fordern

- **Klimaneutralität 2035 verbindlich sichern**

Der Klimaschutzplan Oldenburg 2035 mit seinen 90 Maßnahmen darf nicht am Haushalt scheitern. Wir fordern einen jährlichen Klimaschutz-Bericht an den Rat mit klarem Stand der Umsetzung und Konsequenzen bei Zielverfehlung. Und zwar ohne Schlupflöcher: keine Schönrechnerei über Kompensationszertifikate, keine Auslagerung von Emissionen in Nebenbilanzen. Die Verwaltung sagt selbst, dass das Ziel 2035 nach dem BSKO-Standard rechnerisch kaum erreichbar ist – die ehrliche Antwort darauf ist, die Maßnahmen zu beschleunigen, nicht die Bilanz zu frisieren.

- **Solardach-Pflicht für städtische Neubauten**

Alle neuen Gebäude in städtischem Eigentum müssen standardmäßig mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Wir fordern darüber hinaus eine aktive städtische Kampagne zur Nutzung des Solardachpotenzialkatasters, das die Stadt bereits bereitstellt.

- **Wärmeplan sozial gerecht umsetzen**

Der Oldenburger Wärmeplan zeigt den Weg zur klimafreundlichen Wärmeversorgung. Wir fordern, dass die Umsetzung sozial flankiert wird: Mieterinnen und Mieter dürfen

nicht durch steigende Warmmieten für die Wärmewende zahlen. Ein städtischer Fördertopf für einkommensschwache Haushalte ist notwendig.

- **Klimapakt Oldenburg auf alle Gewerbebereiche ausweiten**

Wir unterstützen den Klimapakt Oldenburg und fordern seine Ausweitung auf alle städtischen Gewerbebereiche mit konkreten Zielvorgaben und einer jährlichen öffentlichen Bilanz.

- **Stadtgrün als Klimainfrastruktur schützen**

Parks, Bäume und Grünflächen sind keine Dekoration – sie sind Kühler, CO₂-Speicher und Erholungsräume. Wir lehnen die Versiegelung innerstädtischer Grünflächen für Bauprojekte ohne gleichwertigen Ausgleich ab. Für jeden gefälltten Stadtbaum werden zwei neue gepflanzt. Die Baumschutzsatzung bleibt. Wir behalten den Schutz und entbürokratisieren ihn: schnelle, kostenfreie digitale Bescheide für Pflege und notwendige Fällungen, klare Ersatzpflanzung im Stadtgebiet.

- **Klimaanpassung, Hochwasser- und Katastrophenschutz**

Hitzesommer, Starkregen und Hochwasser sind in Oldenburg angekommen. Wir fordern einen kommunalen Klimaanpassungsplan mit Hitzeaktionsplan, Entsiegelung und Schwammstadt-Prinzipien, eine moderne Ausstattung von Feuerwehr und Katastrophenschutz, geprüfte Notfallpläne – und eine Trinkbrunnen-Offensive: kostenloses Trinkwasser für Mensch und Tier in der Innenstadt und in öffentlichen Gebäuden.

- **Kreislaufwirtschaft im städtischen Beschaffungswesen**

Alle städtischen Behörden und Eigenbetriebe werden verpflichtet, bei öffentlichen Ausschreibungen Produkte mit nachgewiesenem Recyclinganteil zu bevorzugen. Oldenburg wird zum deutschlandweiten Vorbild. Für Veranstaltungen der Stadt streben wir das Zero-Waste-Ziel an.

8. WIRTSCHAFT, ARBEIT & GRÜNDUNG

*Oldenburgs Wirtschaft wächst – getragen von Mittelstand, Startups und der Universität. Der größte Hemmschuh sind die Bürokratie und der Fachkräftemangel: Vier von zehn Oldenburger Unternehmen finden trotz konjunktureller Schwäche kein qualifiziertes Personal. Gleichzeitig verlassen viele Absolvent*innen der Universität die Stadt, weil sie keine guten Gründungsangebote oder attraktiven Arbeitsbedingungen finden.*

Was wir fordern

- **Gründerfreundliche Verwaltung – 48 Stunden**

Wir fordern das „48-Stunden-Versprechen“ für Gewerbeanmeldungen und einfache Unternehmensanfragen in Oldenburg: Innerhalb von 48 Stunden kommt eine verbindliche Antwort. Bürokratische Hürden für Gründungen werden systematisch abgebaut.

- **Universität und Stadt stärker vernetzen**

Wir fordern ein gemeinsames Gründungszentrum von Stadt und Universität, das Absolvent*innen aus allen Fachbereichen bei der Gründung unterstützt – von der Idee bis zur Finanzierung. Oldenburg hat das Potenzial, eine Gründungshauptstadt Nordwestdeutschlands zu werden. Mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) hat Oldenburg zudem ein echtes Pfund: Wir verzahnen DFKI, Universität und Innovationscampus gezielt mit Handwerk und Mittelstand und schaffen Anreize für die Übernahme Studierender durch Unternehmen, damit Forschung vor Ort in gute Arbeitsplätze übersetzt wird.

- **Faire Bedingungen für lokale Unternehmen bei Ausschreibungen**
Städtische Aufträge sollen vorrangig an lokale und regionale Unternehmen vergeben werden, wenn Preis und Qualität vergleichbar sind. Damit stärken wir die lokale Wertschöpfung und sichern Oldenburger Arbeitsplätze.
- **Lebendige Innenstadt statt Leerstand**
Eine starke Innenstadt lebt von Vielfalt statt Leerstand. Wir wollen ein aktives Leerstandsmanagement fürs Zentrum, bessere Aufenthaltsqualität durch Grün, Sitzgelegenheiten und Trinkbrunnen sowie eine gesunde Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Kultur und Wohnen. Zwischennutzungen für Handel, Handwerk und Kreative beleben leerstehende Ladenlokale schnell und unbürokratisch.
- **Welcome Center stärken**
Das städtische Welcome Center für Neubürgerinnen und Neubürger – gut für Fachkräftegewinnung – soll ausgebaut und stärker mit der Universität und lokalen Unternehmen vernetzt werden. Integration von qualifizierten Zugewanderten in den Arbeitsmarkt muss unbürokratisch und schnell möglich sein.
- **Faire Arbeitsbedingungen im städtischen Dienst als Vorbild**
Die Stadt Oldenburg als Arbeitgeberin setzt selbst Maßstäbe: Mit mehr Homeoffice, familienfreundlichen Arbeitszeiten und gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit. Was wir von privaten Arbeitgebern erwarten, müssen wir selbst vorleben.

9. DIGITALISIERUNG & VERWALTUNG

Oldenburg muss Vorbild bei der Digitalisierung werden. Aber Digitalisierung darf niemanden zurücklassen und muss tatsächliche Erleichterung bringen – nicht neue Barrieren oder intransparente Systeme.

Was wir fordern

- **48-Stunden-Reaktionsgarantie**
Wer einen Antrag online stellt, erhält innerhalb von 48 Stunden verbindlich eine Rückmeldung. Das gilt für Gewerbebeanmeldungen, Bauanfragen, Sozialleistungen und alle Routineprozesse. Wir fordern die stadtweite Einführung dieses Standards bis Ende 2027.
- **Recht auf den analogen Weg**
Digitalisierung darf nicht zur Ausgrenzung führen. Alle städtischen Dienstleistungen bleiben auch persönlich oder per Telefon erreichbar. Ältere Menschen, Menschen ohne Internetzugang und Menschen mit Beeinträchtigungen werden nicht durch Digitalisierung abgehängt.
- **Offene Daten für Oldenburg**
Alle nicht-personenbezogenen Daten der Stadtverwaltung – von Haushaltszahlen bis Verkehrsdaten – werden als offene Daten (Open Data) kostenfrei zugänglich gemacht. Das ermöglicht zivilgesellschaftliche Kontrolle und fördert Innovation.
- **Open Source zuerst**
Bei neuer Software prüft die Stadt zuerst Open-Source-Lösungen und wählt sie, wo sie gleichwertig sind. Das spart langfristig Lizenzkosten, vermeidet Abhängigkeiten von einzelnen Konzernen und stärkt Transparenz sowie die digitale Souveränität der Verwaltung.
- **Digitale Angebote ausbauen – regional gedacht**
Wir bauen nützliche digitale Dienste aus: ein stadtweiter Mängelmelder, Online-Terminvergabe ohne Wochen-Wartezeit, stadtteilbezogene Informationen und eine

echte digitale Beteiligungsplattform. Wo möglich, setzen wir auf regionale Anbieter und regionales Hosting statt auf anonyme Großplattformen.

- **Entbürokratisierung vor Ort – ehrlich gemacht**

Vieles an Bürokratie kommt von Bund und Land – aber nicht alles. Die Stadt kann ihre eigenen Satzungen, Formulare und Verfahren radikal vereinfachen, unnötige Nachweispflichten streichen und Ermessensspielräume bürgerfreundlich nutzen. Wo Bundes- oder Landesrecht bindet, richten wir ein öffentliches Bürokratie-Melderegister ein und tragen die Fälle über den Städtetag gebündelt nach oben.

- **Cybersicherheit der städtischen Infrastruktur**

Verwaltung, Stadtwerke, VWG und Klinikum müssen gegen Cyberangriffe gehärtet werden: geprüfte Notfallpläne, getestete Backups, Schulungen für Beschäftigte und klare Verantwortlichkeiten. Eine Stadt, deren IT stillsteht, kann ihre Menschen nicht versorgen – Cybersicherheit ist Daseinsvorsorge.

10. KULTUR, SPORT & ZUSAMMENHALT

Kultur ist kein Luxusgut – sie ist das Fundament gesellschaftlicher Identität. Sport ist der größte Integrationsmotor. Oldenburg hat beides: eine lebendige Kulturszene und starke Sportvereine, getragen durch aktives Ehrenamt. Dieses Kapital darf nicht durch Haushaltskürzungen verspielt werden.

Was wir fordern

- **Faire und transparente Kulturförderung**

Fördermittel werden transparent und nach nachvollziehbaren Kriterien zwischen etablierten Institutionen und der freien Szene verteilt. Wir fordern einen öffentlichen Kulturförderplan mit klaren Vergaberegeln und Berücksichtigung von Diversität und Zugänglichkeit.

- **Kulturentscheidungen mit Beteiligung treffen**

Symbolische Entscheidungen wie Umbenennungen städtischer Kultureinrichtungen – zuletzt das Edith-Ruß-Haus – gehören öffentlich diskutiert und mit Beteiligung entschieden, nicht rein administrativ verfügt. Erinnern und Benennen ist Sache der ganzen Stadtgesellschaft.

- **Leerstände für Kultur nutzen**

Leerstehende städtische oder städtisch beeinflusste Immobilien werden nach Möglichkeit vorübergehend für kulturelle Nutzungen freigegeben – unbürokratisch und kostengünstig. Zwischennutzung statt Leerstand belebt Stadtteile und fördert die Kreativwirtschaft.

- **Sportinfrastruktur als Gemeingut**

Wir fordern eine Bestandsgarantie für alle städtischen Schwimmbäder und Sportplätze. Auf den Schwimmunterricht von Kindern darf nicht verzichtet werden, weil die Halle zu weit weg oder zu teuer ist. Schulen erhalten festen Zugang zu Sporthallen. Bei jeder Hallensanierung werden barrierefreie Umkleiden und Duschen von Anfang an mitgeplant.

- **Vereinsförderung entbürokratisieren**

Kleine Vereine werden von übermäßiger Bürokratie entlastet: durch vereinfachte Förderanträge, niedrigere Hürden bei der Gemeinnützigkeit und eine städtische Beratungsstelle für Vereinsrecht. Wer für die Gemeinschaft arbeitet, darf nicht an Paragraphen scheitern.

- **Intergenerationelle Projekte fördern**

Wir fördern Projekte, die jung und alt zusammenbringen: Studierende und Senior*innen, Schüler*innen und Handwerker*innen, Neubürger*innen und langjährige

Oldenburger*innen. Diese Begegnung ist die beste Prävention gegen Einsamkeit und Vorurteile.

11. INTEGRATION & ZUSAMMENLEBEN

Oldenburg ist eine Einwanderungsstadt – und das ist eine Stärke. Die Universität zieht Menschen aus aller Welt an. Betriebe suchen Fachkräfte. Damit das funktioniert, braucht es klare Regeln und echte Menschlichkeit.

Was wir fordern

- **Schnelle und faire Anerkennung von Qualifikationen**

Wir fordern, dass die Stadt Oldenburg aktiv auf eine beschleunigte und unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen hinwirkt – in Zusammenarbeit mit Kammern, Universität und dem Welcome Center.

- **Sprachförderung als Integrationsmotor**

Deutschkurse müssen für alle Neubürger*innen unmittelbar und kostenlos zugänglich sein. Wir fordern ein stadtteilnahes Angebot, das auch Menschen mit Kindern und Schichtarbeit erreicht.

- **Keine Diskriminierung beim Wohnungszugang**

Wir fordern anonymisierte Bewerbungsverfahren bei der städtischen Wohnungsgesellschaft GSG Oldenburg. Was zählt, ist der Bedarf – nicht der Name oder die Herkunft.

- **Aktiv gegen Racial Profiling und Diskriminierung**

Niemand darf allein wegen seines Aussehens kontrolliert oder verdächtigt werden. Für den städtischen Ordnungsdienst fordern wir verbindliche Standards, Anti-Bias-Schulungen und eine unabhängige, niedrighschwellige Beschwerdemöglichkeit mit jährlichem öffentlichem Bericht. Die Antidiskriminierungsberatung (IBIS) wird als unabhängige Anlaufstelle gesichert. Gegenüber dem Land machen wir uns für eine unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestelle für Vorwürfe polizeilichen Fehlverhaltens stark.

- **Vielfalt in der Verwaltung**

Die Oldenburger Stadtverwaltung soll die Vielfalt der Stadtgesellschaft abbilden. Wir fordern aktive Programme zur Gewinnung von Mitarbeiter*innen mit Migrationsgeschichte und eine regelmäßige Erhebung des Stands.

UNSERE HALTUNG: POLITIK, DIE LIEFERT

Alle Zahlen und Fakten in diesem Programm sind öffentlich zugänglich und belegt. Wir sind neu – das ist unsere größte Stärke. Wir schulden niemandem etwas außer den Menschen in Oldenburg. Kein Koalitionspartner, kein Lobbyist, keine Parteimechanik hat unsere Positionen verbogen.

Wir wissen: Vieles von dem, was wir fordern, liegt auch in der Hand von Bund und Land. Aber der Stadtrat kann Druck erzeugen, kann Vorbilder setzen, kann lokal handeln, wo es möglich ist – und laut werden, wo die Zuständigkeit höher liegt. Das werden wir tun.

„Gerechtigkeit im Kopf. Menschlichkeit im Herzen. Politik, die dich wieder sieht.“

pgm-partei.de · info@pgm-partei.de

V.i.S.d.P.: Nico Jirsa · PGM Landesverband Niedersachsen · Otto-Suhr-Straße 22 · 26131 Oldenburg